

Millionen-Skandal im Bundestag: Kaum ein „Flüchtlings-Bürge“ muss wirklich zahlen!

„Holt noch mehr ‚Flüchtlinge‘ ins Land – übernehmt Bürgschaften für die Migranten“ jubelten Deutschlands Gutmenschen nach Merkels illegaler Grenzöffnung. Von den Mainstream-Medien angeheizt übernahmen tatsächlich tausende Menschen eine Bürgschaft für den Fall, dass die Migranten gar keine „Flüchtlinge“ sind und lediglich die deutschen Sozialsysteme belasten.

Doch zahlen muss offensichtlich kaum einer der Bürgen. Das musste die Merkel-Regierung jetzt kleinlaut zugeben. Denn der Staat hat viele dieser Bürgschaften übernommen. Aufgedeckt hat den Skandal die AfD-Fraktion im Bundestag.

Knapp 22 Millionen Euro kostet das den Steuerzahler. Und der darf auch noch fleißig weiterblechen: Denn noch immer kommen viele Migranten mithilfe von Verpflichtungserklärungen in unser Land. Auch heute noch. Und wir zahlen immer weiter. Für die, die kommen und gar nicht da sein dürften. Für die, die ausreisen müssten, es aber nicht tun. Für die, die ausreisen und gleich danach wieder einreisen und erneut Asyl beantragen. Für die, die alleine kommen und dann die ganze Familie nachholen. Für die, die im Schlauchboot aufs Mittelmeer paddeln ...

Damit muss endlich Schluss sein. Schauen Sie sich um: Teure KITAS, heruntergekommene Schulen, fehlende Lehrer, zu wenig Polizei, schlechte Straßen ... wir haben im eigenen Land so viele Baustellen, an denen wir Geld für die Bürger brauchen.

Der Flüchtlingsindustrie den Geldhahn abzudrehen, an die

Bürger zu denken und eben solche Anfragen nach dem Verbleib vieler Millionen im Bundestag zu stellen, ist nicht, wie der CDU-Abgeordnete Thomas Heilmann sagte „moralisch verwerflich“. Es ist dringend erforderlich und zeigt wie gut die AfD wirkt!

Die Welt vom 19.02.2020: „Staat nimmt Flüchtlingsbürgen offenbar Kosten von 21,7 Millionen Euro ab“

Drucken